



Bundes- tags- brief

Nr.84 • Die Woche im Bundestag • 26.11.2010



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Bundesparteitag der CDU: Signal der Stärke und Geschlossenheit

Der 23. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe hat gezeigt: Die Union ist die große Volkspartei unseres Landes.

Wir haben gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Deutschland erfolgreich aus einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise geführt und machen Politik für alle Menschen in unserem Land.

Während Sozialdemokraten und Grüne sich aus der politischen Verantwortung stellen, packen wir die Herausforderungen an und stehen geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Insbesondere in zwei Bereichen hat der 23. Bundesparteitag wichtige Entscheidungen für die Zukunft getroffen. So sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für den Umbau der Bundeswehr aus. Die Wehrpflicht wird ausgesetzt und die Struktur unserer Streitkräfte so verändert, dass eine höhere Zahl an Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz zur Verfügung steht.

Dies ist notwendig, damit Deutschland auch in Zukunft aktiv zur Sicherheit des westlichen Bündnisses beitragen kann. Als die Parteien der Bundeswehr werden sich CDU und CSU dafür einsetzen, die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr und die Attraktivität des Dienstes zu steigern.

Eine Sternstunde der Partei erlebten die Delegierten des Bundesparteitages bei der mehr als dreistündigen, von großer Ernsthaftigkeit und hohem Verantwortungsbewusstsein geprägten Debatte über die Präimplantationsdiagnostik (PID).

Freiheitliche Lebenskultur beherzt verteidigen

Das Zielobjekt des internationalen Terrorismus ist die freiheitliche demokratische Ordnung der westlichen Welt, unsere Wirtschaft und insbesondere unsere freiheitliche Lebenskultur.

Wir alle sollten beherzigen, dass wir uns auch in der aktuellen Gefahrenlage weder in unseren Lebensgewohnheiten noch in unserer freiheitlichen Lebenskultur einschränken.

Die wahrgenommene Bedrohung sollen die Terroristen nicht als Teilerfolg ihrer Strategie verbuchen können, mit Wachsamkeit und Ruhe können wir diesem entgegenwirken.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder haben ihre konzertierten Vorkehrungen an die aktuelle Gefährdungslage angepasst. Die für alle sichtbaren Maßnahmen sind nur ein Teil der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Maßnahmen. Sie dienen der Vorbeugung und Abschreckung.

Unsere Sicherheitsbehörden tun alles in ihrer Macht stehende, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Unser Dank gilt den Sicherheitskräften im Bund und den Ländern, die diesen Auftrag erfüllen.

Bundshaushalt 2011: Großer Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse

Nach der Umsetzung des Energiekonzeptes und der Gesundheitsreform hat die christlich-liberale Koalition in dieser Woche mit der Verabschiedung des Bundshaushaltes 2011 auch im Bereich der Staatsfinanzen die Weichen dafür gestellt, dass Deutschland international wettbe-

werbsfähig bleibt und sich der Aufschwung zu einem lang anhaltenden Wachstum entwickeln kann, das den Wohlstand unseres Landes dauerhaft sichert.

Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf senken wir die Nettokreditaufnahme um 9,1 Milliarden auf 48,4 Milliarden Euro – das sind rund 4,3 Milliarden Euro weniger als das maximal zulässige Defizit – und machen damit einen großen Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse. Zusätzliche Steuereinnahmen, die sich aus dem Aufschwung ergeben, entbinden uns aber nicht von einem strikten Sparkurs, da die Schuldenbremse zum Abbau des strukturellen Defizits verpflichtet.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, so haben wir die Mittel für die Städtebauförderung von rund 290 auf 455 Millionen Euro angehoben. Dies kommt der regionalen Bauwirtschaft und unseren Handwerksbetrieben zugute und fördert die Beschäftigung.

Darüber hinaus entlasten wir mit dem Bundeshaushalt 2011 auch die Kommunen. Zu ihrer Unterstützung sind als Vorsorge 200 Millionen Euro zusätzlich bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht worden. Ferner wurde der Ansatz beim Wohngeld um 188 Millionen Euro erhöht.

Rente mit 67: Längeres Erwerbsleben keine Bedrohung, sondern Chance

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett den Bericht über die Arbeitsmarktlage älterer Menschen beschlossen.

Der Bericht macht deutlich, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht nur notwendig, sondern zugleich sozial vertretbar ist. In ihr liegt keine Bedrohung, sondern eine Chance, da sich mit der durchschnittlichen Lebenszeit auch die Zeit des gesunden und leistungsfähigen Alters verlängert.

Der Altersaufbau unserer Bevölkerung wird sich schon in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend wandeln. Im Jahr 2030 wird das Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen bei eins zu zwei Personen liegen. Heute beträgt es noch eins zu drei.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sichert die Anhebung des Renteneintrittsalters die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Hingegen würde die Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung, die die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach der Abschaffung der Rente mit 67 vorbereiten, die jüngeren Generation überfordern und durch steigende Arbeitskosten den Standort Deutschland gefährden.

Aus dem Bericht der Bundesregierung geht ferner hervor, dass sich die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsmarktchancen für ältere Menschen in den letzten Jahren deutlich verbessert haben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren ist kontinuierlich gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich ihre Erwerbsbeteiligungsquote nahezu verdoppelt und liegt heute bei rund 40 Prozent. Diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen, da aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die Wirtschaft nicht auf das Potenzial der Älteren verzichten kann.

Ein längeres Erwerbsleben ist somit keine Bedrohung, sondern eine Chance für mehr Wohlstand und Teilhabe für die Menschen, zumal die Verlängerung der Regelarbeitszeit nicht von heute auf morgen, sondern ab 2012 schrittweise über einen Zeitraum von 18 Jahren hinweg angehoben wird. Erst für die Jahrgänge ab 1964 wird die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gelten.

Aufschwung setzt sich auch im dritten Quartal fort

Im Vergleich zum zweiten Quartal wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal um 0,7%. Die Ergebnisse der ersten beiden Quartale wurden vom Statistischen Bundesamt nach oben – auf nun +0,6% und +2,3% – korrigiert. Somit holt die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr weiter auf, wenn auch mit etwas abgeschwächtem Tempo. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das preisbereinigte BIP im dritten Quartal 2010 gegenüber dem dritten Quartal 2009 um 3,9%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)